

Interview: Hans Herbert von Arnim über die Krise der Demokratie und wie die Parteien das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen könnten

„Ein Land mit Volksparteien ohne Volk“

Von unserem Redaktionsmitglied
Michael Schröder

MANNHEIM. Der Speyerer Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim wirft den Parteien vor, dass sie vornehmlich an ihre Macht denken und sich immer weiter von den Wählern abschotten.

Herr von Arnim, ein Drittel der Deutschen hat nach einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung das Vertrauen in die Demokratie verloren. Das können ja nicht mehr nur die sozial Schwachen sein, die am politischen System verzweifeln.

Hans Herbert von Arnim: Nein, wir erleben derzeit eine regelrechte Erosion. Vor allem schwindet das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der politischen Parteien, die drängendsten Probleme des Staates zu lösen. Das spielt sich vor dem Hintergrund der Globalisierung ab, der Öffnung der Märkte und der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes.

Aber der Vertrauensverlust ist in erster Linie hausgemacht.

Von Arnim: Ja, nehmen Sie als Beispiel die gegenseitige Blockade in Hessen. Die Verantwortlichkeit gegenüber dem Wähler und auch die Handlungsfähigkeit der Parteien, die großen Gemeinwohlprobleme des Landes anzupacken, werden zunehmend geringer. Da weiß doch der Wähler nicht mehr, welcher Partei er Gutes oder Schlechtes zu verdanken hat. Und weil die Wähler nicht das Gefühl haben, die Parteien würden ihre Aufgaben halbwegs befriedigend erfüllen, empfinden sie die Abschottung der politischen Klasse als besonders gravierend.

Sie werfen den Politikern vor, dass mehr an den Eigennutz denken.

Von Arnim: Die Wähler haben Recht mit ihrer Überzeugung, dass sie nicht nur nichts zu sagen haben, sondern dass auch die Politiker, wenn es um deren Eigeninteressen geht, sich selbst bedienen – sei es bei

der staatlichen Parteienfinanzierung, sei es bei den Diäten. Das schürt die Politik- und Parteienverdrossenheit immer stärker.

Unter mangelndem Vertrauen leiden besonders die Volksparteien. Haben SPD und CDU/CSU den Kontakt zum Volk verloren?

Von Arnim: Man kann allmählich von Volksparteien ohne Volk sprechen. Die SPD verliert monatlich mehr als tausend Mitglieder. Sie hatte mal über eine Million, jetzt ist es nur noch eine halbe. Die CDU steht auch nicht besser da. Außerdem nimmt die Wahlbeteiligung massiv ab. Natürlich verlieren alle Großorganisationen, auch die Gewerkschaften und Kirchen, mit dem so genannten Wertewandel an Bindungskraft. Bei den Parteien kommt jedoch hinzu, dass der Eindruck entsteht, Berufspolitiker würden vornehmlich an Macht und ihren eigenen Status denken.

Brauchen die Parteien überhaupt noch Mitglieder und Wähler?

Von Arnim: Es tut ihnen zumindest finanziell nicht weh, weil sie sich in eigener Sache refinanzieren können – über die staatliche Alimentierung der Parteien, ihrer Fraktionen und Stiftungen. Und über die Mitarbeiter von Abgeordneten. Mittlerweile bekommen die Parlamentarier vor allem für ihre Mitarbeiter mehr Geld aus der Staatskasse als alle Parteien zusammen. Da würden vor einhalb Jahren die Gelder für Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten um 28 Prozent erhöht – geräuschlos und ohne Gesetz.

In Ihrem neuen Buch „Die Deutschlandakte“ findet sich der Satz „Wenn Demokratie Herrschaft durch und für das Volk ist, haben wir in Wahrheit keine.“ So drastisch wie Sie formuliert das kein anderer Staatsrechtler.

Von Arnim: Das ist sicher eine politisch nicht korrekte Formulierung, die aber den Kern trifft. Herrschaft für das Volk bedeutet ja, dass die Po-

litik die wichtigsten Probleme löst, was aber nur höchst eingeschränkt der Fall ist. Herrschaft durch Volk heißt, dass die Wähler entscheidenden Einfluss auf die Politik nehmen. Wo können sie das noch bei Großen Koalitionen oder Drei-Parteien-Regierungen? Zudem findet keine echte Auswahl der Besten statt, wenn die Parteien die Wahlverlierer auf Listenplätzen absichert.

Sie fordern mehr direkte Demokratie. Was bei Bürgermeisterwahlen kläpft, könne auch bei Ministerpräsidenten und dem Bundespräsidenten nicht falsch sein.

Von Arnim: Eine Direktwahl der Ministerpräsidenten in den Ländern wäre sinnvoll. In Hessen würde man dann wissen, wer der demokratisch legitimierte Regierungschef ist ...

... der aber vielleicht keine eigene Mehrheit im Parlament besitzt ...

Von Arnim: ... deshalb wäre gleichzeitig zur Direktwahl auch eine

grundlegende Reform des Landtagswahlrechts nötig. Derzeit zieht tendenziell der Typ des Parteisoldaten ins Parlament ein, der leicht versucht ist, eine Regierung anderer Couleur zu blockieren oder gar an die Wand fahren zu lassen. Hätten wir wie in den Kommunen ein bürgernäheres Wahlrecht, mit dem der Wähler ganz gezielt Personenstimmen durch Kumulieren und Panaschieren vergeben kann, dann könnte man auch in den Landtagen eine vernünftige Sachpolitik mit wechselnden Mehrheiten durchsetzen.

Was macht die Direktwahl besser?

Von Arnim: Schauen Sie nach Bayern: Dort wurde der Nachfolger von Edmund Stoiber ohne jede Mitwirkung des Wählers im Hinterzimmer ausgeküngelt. Und auch bei der Direktwahl des Bundespräsidenten liefe man keine Gefahr à la Hindenburg. Das zeigt Österreich. Dort macht der direkt gewählte Präsident dem Kanzler seine zentrale politische Stellung keineswegs streitig.

Hans Herbert von Arnim

■ Der 1939 in Darmstadt geborene Staats- und Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim gilt als einer der schärfsten und profiliertesten **Parteienkritiker** in Deutschland.



■ Von Arnim war von 1968 bis 1978 Leiter des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler. Von 1981 an hatte er den **Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer**. Heute lehrt und forscht er als pensionierter Universitätsprofessor am dortigen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

■ Der Parteienexperte hat zahlreiche **Bestseller** über Grundfragen von Staat und Gesellschaft geschrieben. Sein jüngstes Buch „Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun“ löste heftige Kontroversen aus. *ms*